Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz

30. Sitzung
15. November 2023

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 16.34 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Badenberg und Herrn Staatssekretär Feuerberg (beide SenJustV) repräsentiert.

Der Vorsitzende begrüßt als neues, ordentliches Mitglied im Ausschuss Herrn Abg. Dörstelmann (SPD), der für Herrn Abg. Buchner (SPD), der aus dem Ausschuss ausgeschieden ist, eingerückt ist. Eine Kopie der, nach Art. 44 Abs. 2, S. 2 der Verfassung von Berlin erforderlichen, schriftlichen Benennung der SPD-Fraktion gegenüber der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 14. November 2023 liegt dem Vorsitzenden vor.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu Punkt 3 der Tagesordnung die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Pflege nach § 25 Abs. 6, S. 2 GO Abghs hinzugeladen worden seien und begrüßt diese.[1]

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

[1] Seitens des hinzugeladenen Ausschusses ist nur Frau Abg. König (SPD) anwesend, die nach dem Grundsatz der freien Vertretung ein ordentliches Mitglied der Fraktion der SPD im Ausschuss im Rahmen der heutigen Sitzung vertritt und daher, im Gegensatz zu einer bloßen beratenden Teilnahme bei einer Hinzuladung nach § 25 Abs. 6, S. 2 GO Abghs, in deren Stellung als ordentliches Mitglied mit allen Statusrechten, eingeschlossen des Stimmrechts im Ausschuss, einrückt.

Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 14. März 2023 anfertigen dürfen.

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die Koalitionsfraktionen der CDU und SPD im Vorfeld der Sitzung am 10. November 2023 beantragt haben, die Tagesordnung um die folgenden, neuen Punkte:

3.	c)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1176 **Demokratie bei Jugendlichen stärken I – Jugend-Demokratiefonds weiterentwickeln**	0122 Recht BildJugFam(f) Haupt InnSichO
	d)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1177 **Demokratie bei Jugendlichen stärken II – Jugendlichen demokratische Vertreter und Institutionen nahebringen**	0123 Recht BildJugFam(f) Haupt InnSichO
	e)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1178 **Demokratie bei Jugendlichen stärken III – Einführung und Umsetzung eines „Jugend-Checks“ für Berlin**	0124 Recht BildJugFam(f) Haupt InnSichO
	f)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1179 **Demokratie bei Jugendlichen stärken IV – Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen der Bezirke ausbauen**	0125 Recht BildJugFam(f) Haupt InnSichO

zu erweitern. Er habe, den Usancen des Ausschusses folgend, eine entsprechende Mitteilung zur Einladung am 10. November 2023 herausgegeben und die Erweiterung der Tagesordnung unter den Vorbehalt der Zustimmung des Ausschusses zu Sitzungsbeginn gestellt.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, den o. g. Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU und SPD anzunehmen und die Tagesordnung um die zuvor genannten, neuen Punkte 3 c) bis 3 f) zu erweitern.

Auf Antrag des Herrn Abg. Lehmann (SPD) beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und AfD die Punkte 2 a) und 2 b) als die neuen Punkte 3 a) und 3 b) und die vorherigen Punkte 3 a) bis 3 f) an den Positionen 2 a) bis 2 f) zu behandeln, um Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP), die erst zu einem späteren Zeitpunkt anwesend sein kann, die Teilnahme an der Sitzung zu den neuen Punkten 3 a) und 3 b) zu ermöglichen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 5 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 24. Mai 2023 ruft der Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) und Herr Staatssekretär Feuerberg (SenJustV) beantworten diese sowie spontane mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Einzelheiten vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Seit wann wird aus welchen Gründen ein offenes Ermittlungsverfahren gegen den freigestellten Bezirksstadtrat Kevin Hönicke wegen welchem strafrechtlichen Anfangsverdacht geführt?“
  (Die Linke)

- „Wie lauten die Ergebnisse der Justizministerkonferenz hinsichtlich des Umgangs mit der ‚Letzten Generation‘ und wann ist mit einer Strafrechtsreform hinsichtlich einzelner Straftatbestände zu rechnen?“
  (AfD)

- „In der Presse wurde in den letzten Wochen von grausamen Übergriffen auf Tauben und Taubenküken berichtet. Welche Kenntnisse hat die Senatsverwaltung zu Übergriffen auf Tauben und welche Maßnahmen werden ergriffen, wenn Meldungen über Vergiftungen, körperlicher Qual oder Tötung von Tieren, insbesondere Wildtieren und Tauben, bei der Staatsanwaltschaft eingehen?“
  (SPD)

- „Nachdem ein Jugendlicher in den USA mutmaßlich an der Hot-Chip-Challenge gestorben und es bei Jugendlichen in Deutschland zu Atemnot gekommen ist, frage ich: Ist dem Senat bekannt, ob und inwieweit die Hot-Chip-Challenge zu gesundheitsrelevanten Vorfällen im Land Berlin geführt hat und was plant der Senat, um junge Verbraucher*innen vor gesundheitsgefährdenden Mutproben solcher und anderer Art zu schützen?“
  (Bündnis 90/Die Grünen)

- „Welches sind aus Sicht des Senates die hervorzuhebenden Ergebnisse der Justizministerkonferenz vom 10.November 2023?“
  (CDU)

Punkt 2 der Tagesordnung

a)	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1169 **Sechzehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin**	0133 Recht BildJugFam(f) Haupt InnSichO*
b)	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1170 **Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes**	0134 Recht BildJugFam(f) Haupt InnSichO*
c)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1176 **Demokratie bei Jugendlichen stärken I – Jugend-Demokratiefonds weiterentwickeln**	0122 Recht BildJugFam(f) Haupt InnSichO*
d)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1177 **Demokratie bei Jugendlichen stärken II – Jugendlichen demokratische Vertreter und Institutionen nahebringen**	0123 Recht BildJugFam(f) Haupt InnSichO*
e)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1178 **Demokratie bei Jugendlichen stärken III – Einführung und Umsetzung eines „Jugend-Checks“ für Berlin**	0124 Recht BildJugFam(f) Haupt InnSichO*
f)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1179 **Demokratie bei Jugendlichen stärken IV – Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen der Bezirke ausbauen**	0125 Recht BildJugFam(f) Haupt InnSichO*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu den Punkten 2 a) bis 2 f) die Stellungnahmen des ebenfalls mitberatenden Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vorliegen. Darin empfehle dieser dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie die Annahme der Vorlagen – zur Beschlussfassung – zu den Punkten 2 a) und 2 b) sowie die Annahme der Anträge der Fraktionen der CDU und SPD zu den Punkten 2 c) bis 2 f) mit folgendem Stimmverhältnissen:

- zu den Punkten 2 a) und 2 b) jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion,

- zu den Punkten 2 c) und 2 d) jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

- und zu den Punkten 2 e) und 2 f) jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) verzichtet auf eine Erläuterung der Vorlagen – zur Beschlussfassung – zu den Punkten 2 a) und 2 b).

Herr Abg. Herrmann (CDU) begründet die Anträge zu den Punkten 2 c) bis 2 f) für die Antrag stellenden Koalitionsfraktionen der CDU und SPD.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie jeweils die Annahme mit den folgenden Stimmverhältnissen zu empfehlen:

Zu Punkt 2 a): Vorlage – zur Beschlussfassung – (Drucksache 19/1169)

mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion,

Zu Punkt 2 b): Vorlage – zur Beschlussfassung – (Drucksache 19/1170)

mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion,

Zu Punkt 2 c): Antrag der Fraktionen der CDU und SPD (Drucksache 19/1176)

mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

Zu Punkt 2 d): Antrag der Fraktionen der CDU und SPD (Drucksache 19/1177)

mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

Zu Punkt 2 e): Antrag der Fraktionen der CDU und SPD (Drucksache 19/1178)

mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke

Zu Punkt 2 f): Antrag der Fraktionen der CDU und SPD (Drucksache 19/1179)

mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Punkt 3 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Maßregelvollzug, aktuelle Situation und Planung** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0135 Recht
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Aktuelle Probleme und Lösungsansätze im Berliner Maßregelvollzug** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0136 Recht

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Zu diesen beiden Besprechungspunkten nehme Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) an der Sitzung teil.

- Die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Pflege seien nach § 25 Abs. 6, S. 2 GO Abghs hinzugeladen worden.[2]

Die Antrag stellenden Fraktionen der CDU und SPD verzichten auf die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 a); die Antrag stellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke verzichten auf die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 b).

Im Rahmen der Beratung nehmen Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) und Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Abg. Schlüsselburg (LINKE) beantragt rückwirkend die Anfertigung eines Wortprotokolls zu Punkt 3 a) und b). Der Vorsitzende weist auf die Vorschrift des § 26 Abs. 7, S. 6 GO Abghs hin, wonach bei allen Punkten, zu denen keine Anhörung durchgeführt werde, die Anfertigung eines Wortprotokolls neben eines zustimmenden Ausschussbeschlusses zusätzlich der Vorlage an die Präsidentin des Abgeordnetenhauses und ihrer Genehmigung bedürfe. Bei einem einvernehmlichen oder einstimmigen und zustimmenden Ausschussbeschluss über die Anfertigung eines Wortprotokolls habe die Präsidentin ihre Zustimmung bereits vorab erteilt. Der Ausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bünd-

[2] Siehe Fußnote 1.

nis 90/die Grünen, Die Linke und AfD rückwirkend die Anfertigung eines Wortprotokolls zu dem gesamten Punkt 3. Eine Vorlage an die Präsidentin des Abgeordnetenhauses ist daher, wie zuvor dargelegt, entbehrlich.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss auf Anregung des Vorsitzenden einvernehmlich, die Besprechungspunkte 3 a) und 3 b) zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Abg. Dr. Nas (CDU) beantragt zu dem folgenden Besprechungspunkt:

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Personelle Situation der Veterinär- und Lebensmittelaufsicht** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD),	0137 Recht

eine Anhörung gemäß § 28 Abs. 1 GO Abghs durchzuführen. Der Ausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und AfD, diesen Antrag anzunehmen und zu diesem Besprechungspunkt eine Anhörung durchzuführen.

Die nächste 31. Sitzung findet am Mittwoch, dem 29. November 2023, um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende Die Schriftführerin

Sven Rissmann Dr. Petra Vandrey